

Das Demokratiefördergesetz: Chancen für eine starke demokratische Zivilgesellschaft

1. Lebendige Demokratie lebt von allen

Eine lebendige Demokratie funktioniert als repräsentative Demokratie. Sie lebt aber auch und gerade von den Bürgerinnen und Bürgern. Fundament unserer Demokratie sind die demokratische Haltung und Grundüberzeugung jedes Einzelnen und das Vertrauen in die Möglichkeiten, unsere Gesellschaft aktiv mitgestalten zu können. Demokratie ist eine Lebensform, die im Alltag gelebt und gepflegt wird.

Angesichts der vielfältigen und tiefgreifenden gesellschaftlichen Herausforderungen – Ukrainekrieg, Energiekrise, Klimawandel, Migration, rechtspopulistische Wahlerfolge u.v.m. – steht dieses Fundament unter Druck. Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Vertrauen in die Demokratie und ein entschiedenes Eintreten gegen ihre Feinde, gegen demokratie- und menschenfeindliche Haltungen und Angriffe - all dies sind keine Selbstläufer, sondern selbst voraussetzungsvoll.

Um die zentralen Grundlagen unseres demokratischen Gemeinwesens gerade in bewegten Zeiten zu gewährleisten, braucht es starke und verlässliche Strukturen, planbare Ressourcen, erprobte Ansätze und Erfahrungswissen. Das seit 15 Jahren diskutierte Demokratiefördergesetz ist ein zielführendes Mittel zur langfristigen Absicherung dieses notwendigen demokratiestärkenden Engagements in Deutschland.

2. Demokratie und Engagement brauchen Förderung

Die über Jahre mühsam gewachsenen vielfältigen zivilgesellschaftlichen Strukturen ermöglichen gelingendes Engagement und Beteiligung. Sie stärken demokratische Haltungen nachhaltig und auch das Vertrauen in die Institutionen der repräsentativen Demokratie selbst, wie der [Freiwilligensurvey 2019](#) belegt. Politische Bildung fördert Engagement und Beteiligung sowohl in den Institutionen der repräsentativen Demokratie als auch den Initiativen der direkten und dialogorientierten Demokratie. Projekte der Mobilien Beratung unterstützen beispielsweise in der Auseinandersetzung mit Populismus, Extremismus und Demokratiefeindlichkeit und begleiten diese fachlich. In Vereinen und Verbänden tragen Demokratieprojekte dazu bei, diese Strukturen nach innen und außen in ihrer Rolle als demokratische Akteure zu entwickeln - von der Freiwilligen Feuerwehr bis zur Kirchengemeinde. Projekte und Ansätze der konstruktiven Konfliktbearbeitung wirken Polarisierung entgegen und ermöglichen demokratisches Miteinander, gerade auf kommunaler Ebene. Beratung und zivilgesellschaftliche Arbeit in der Extremismusprävention wiederum sind auf das bürgerschaftliche Engagement vor Ort angewiesen. Dies gilt insbesondere in Ostdeutschland, wo eine nachhaltige demokratische Strukturentwicklung noch nicht abgeschlossen ist. Zugleich braucht es eine Stärkung marginalisierter Gruppen, um ein breitestmögliches Engagement zu ermöglichen und vielfältige Perspektiven und Expertisen einzubinden. Migrantische und postmigrantische Gruppierungen sind längst integraler Teil der Zivilgesellschaft, haben aber einen strukturellen Rückstand gegenüber etablierten Akteuren, der aufgeholt werden muss, damit gemeinsam für den Zusammenhalt in der Gesellschaft gearbeitet werden kann.

Es sind zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen, die

- Menschen für die Auseinandersetzung mit Populismus, jeder Form von Extremismus und menschenverachtenden Diskursen aktivieren und motivieren;
- engagierte Bürgerinnen und Bürger in der demokratischen Gegenwehr begleiten sowie
- (potenziell) Betroffene von Hate Speech, Diskriminierung und Hassverbrechen beraten.

Es sind zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen, die

- Qualifizierungen und Fortbildungen zur Radikalisierungsprävention anbieten;
- Akteure aus Jugendhilfe, Schule, Sozialarbeit und Angehörigenumfeld zum Umgang mit Radikalisierungsprozessen beraten sowie
- Maßnahmen für eine Distanzierung von Extremismus und für Ausstiegsarbeit anbieten.

Es sind zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen, die

- mit Angeboten der politischen Bildung demokratische Kompetenzen stärken;
- Knowhow und Ressourcen für bürgerschaftliches Engagement zur Verfügung stellen.
- die Verantwortungsübernahme und Selbstwirksamkeitserfahrungen stärken.

Es sind zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen, die

- durch Ansätze konstruktiver und prozessorientierter Konfliktbearbeitung und Beteiligung demokratische Aushandlung stärken und verankern sowie
- lokale Akteure im Umgang mit Konflikten qualifizieren.

So kann eine durch ein Demokratiefördergesetz unterstützte Zivilgesellschaft viel erreichen. Überdies wäre die Verabschiedung ein ermutigendes Signal der Politik für ein nachhaltiges demokratisches Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

3. Empfehlungen zur Umsetzung des DFördG

1. Das Demokratiefördergesetz darf nicht allein ein Instrument der sicherheitsorientierten Extremismusabwehr und der wehrhaften Demokratie sein. Es muss auch eine klare präventive Ausrichtung haben, die sich in der nachhaltigen Stärkung des gesellschaftlichen Engagements und einer demokratischen Alltagskultur erweist.
2. Das Wissen zivilgesellschaftlicher Akteure sollte genutzt werden, um wirkungsvolle Demokratieförderung weiterzuentwickeln, und in der Konzeptionsphase einbezogen werden. Der notwendige Auswahlprozess muss transparent und nachvollziehbar gestaltet werden.
3. Der Aufbau von Selbstorganisationen muss nachhaltig unterstützt werden, um existierende Ungerechtigkeiten zu verringern. Der Begriff der Vielfaltsgestaltung muss dieses bestehende Ungleichgewicht im Blick behalten und auf eine Ausgewogenheit hinwirken.

Diese Empfehlungen beruhen auf unseren langjährigen Erfahrungen als vielfältige, zivilgesellschaftliche Organisationen der Demokratieförderung, des bürgerschaftlichen Engagements, der politischen Bildung sowie der Extremismusprävention und der Konfliktbearbeitung:

